

Buchbesprechungen

Gerd Meyer (Hg.)

FORMAL INSTITUTIONS AND INFORMAL POLITICS IN CENTRAL AND EASTERN EUROPE. Hungary, Poland, Russia and Ukraine, Opladen & Farmington Hills 2008, 2. revised edition, Barbara Budrich Verlag, 324 S., 30,80 EUR.

Der Herausgeber formuliert als Ziel der Studie, aufbauend auf dem Modell der Wechselwirkung formeller Institutionen und informeller Politik solle ein genaueres Bild von dem erlangt werden können, was innerhalb und hinter den formellen Strukturen „wirklich passiert“ in Osteuropa (S. 11). Angesichts eines relativen Bias in der Politikwissenschaft der letzten Jahre, die sich auf eine genaue Bestandsaufnahme des schnellen institutionellen Wandels in der Region konzentriert hat und Abweichungen vom (westlichen) Vorbild solcher Institutionen(nach)bildung immer als eine Art Makel begriffen hat, ist das sicher eine zeitgemäße Aufgabe. Nur auf welchem Weg lässt sich dieses anspruchsvolle Vorhaben realisieren? Ist ein so intuitiv aufgefasstes Verhältnis von „informeller Politik“ (als der wirkungsmächtigen Realität hinter der Fassade der sichtbaren Institutionen) nicht auch nichts weiter als eine Metapher für die bisher noch unbekannte tiefere Schicht der Wirklichkeit? Gerd Meyer, einer von den am besten mit der Region und ihrer jüngeren Geschichte Vertrauten unter den deutschen Osteuropaforschern, hat sich für diese Aufgabe konzeptionell gut gerüstet und ein überzeugendes Set an Fallstudien ausgewählt. Die drei Foci seines theoretischen Modells sind: a) er greift unter den Strömen der informellen Politik die von den Machteliten ausgehenden Bestrebungen heraus; b) dabei konzentriert er sich auf die ambivalenten Prozesse der Personalisierung von Politik in Osteuropa; schließlich c) nimmt er die konkreten Formen der Unterstützung der Herrschaft seitens der Bevölkerung in Augenschein und analysiert, welchen Einfluss darauf die überlieferte politisch-kulturellen Muster der jeweiligen Gesellschaft haben (S. 12, 15). Die Fallstudien, mittels derer er sich dem Gegenstand deskriptiv und exemplarisch, aber immer im Rahmen der ausgewählten Schwerpunkte seines theoretischen Modells nähert, sind Ungarn und Polen, Russland und die Ukraine (S. 17).

Das Buch ist vom Umfang her in etwa hälftig geteilt in die Debatte des theoretischen Modells, das aber auch durch empirische Beispiele v.a. aus Russland „illustriert“ wird (Kapitel 1, S. 15–142), sowie die vier Fallbeispiele, die weitgehend einem gemeinsamen Forschungsdesign folgen (Kapitel 2 bis 5, S. 143–324). Gerade die empirischen Analysen, das will ich nach dem Lesen des Buches vorausschicken, bergen viele genauen Beobachtungen und klu-

gen Interpretationen über die analysierten Länder, die für sich genommen mir schon die beim Lesen verbrachte Zeit ausreichend entlohnt haben. Dass das Buch nach kurzer Zeit – zwei Jahren – in einer zweiten Auflage erschienen ist, zeugt vom Interesse des Publikums.

Das Informelle wird häufig als negative Abweichung und Hindernis für das Wirken der (formellen) demokratischen Institutionen genommen. Meyer unterscheidet hingegen drei Typen informeller Politik: Beim ersten Typ geht es um das Verhalten der Elitenakteure innerhalb jeglicher politischer Institutionen, Verhalten bewegt sich gewissermaßen wie in einem Korridor, es gibt immer eine mögliche Varianz nach „links“ oder „rechts“, diese Entscheidungen beeinflussen dann natürlich wieder die Leistungen der entsprechenden Institutionen. Der zweite Typ bezieht sich auf den Entscheidungsprozess, die Art, wie Entscheidungssituationen vorbereitet werden, den Stil der Führerschaft, den Umgang mit den Medien, das Zusammenspiel mit Lobbygruppen etc. Erst der dritte Typ ist bei Meyer von vornherein von zweifelhafter demokratischer Qualität: Hier wird der institutionelle Manöverraum in einer Art genutzt, dass die privaten oder eigennützigen Gruppeninteressen an die erste Stelle treten, die demokratischen Institutionen nicht in Bewegung gesetzt, sondern ausgehöhlt werden. Im dritten Fall kommt es zu Korruption, zu Kolonisierung des Staates (state capture) u.a. negativer Erscheinungen (S. 22f.).

Einen zentralen Platz in seinem Modell des Informalen in der Politik nimmt die „Personalisierung“ ein. In einer Grafik auf Seite 45 wird die Vieldeutigkeit dieses Phänomens sichtbar: Es geht um einen Trend in der öffentlichen Präsentation der Politik, um die Persönlichkeit des Führers, um seine Wahrnehmung durch die WählerInnen, die Veränderungen, die davon auf die Parteien ausgehen, und eine spezifische Form von Herrschaft, die Elitenherrschaft (elitist rule). Über die spezifische Qualität der Wahrnehmung von Personen in der Politik im „Westen“ und im „Osten“ schreibt Meyer: „[...] the ‚Western‘ approach is what and how to do [–] whereas the ‚Eastern‘ is who and why: who is who, who was who in the communist past; who is connected with whom [...]; why people act as they do (their interests, motives, informal rules); and only then: what is done and what to do.“ (S. 38) Natürlich existiert eine Vielzahl von für Osteuropa in der Transformation spezifischen institutionellen und kulturellen Ursachen für die verbreitete Personalisierung von Politik; Meyer lässt sie in systematischer Weise Revue passieren, bevor er sich in die konkrete Analyse begibt (S. 42f.). Ein letztes Thema dieses einführenden Kapitels ist die Legitimität von Politik und die Art, wie man sie in der politischen Kulturforschung üblicherweise misst: Meyer nutzt das Modell von Eastern,

der bekanntlich „specific“ und „diffuse support“ unterscheidet, Unterstützung, die negativ dann zur Ablehnung wird. Für Osteuropa charakterisiert er einen Typ partieller aber nicht vollkommener Ablehnung. Er nennt ihn einen „Mischtyp von Unterstützung“ – „skeptical support“ (S. 73f.).

Diese Begrifflichkeit erprobt er anschließend an einer beeindruckenden Analyse der Legitimität im postkommunistischen Russland. Sie ist geprägt durch die Überzeugung, dass man die Frage der Legitimität der Macht hier nicht ausschließlich ausgehend von westlich-liberal geprägten Vorstellungen bestimmen kann, sondern man die subjektive Seite der Legitimität, die Erwartungen der Bevölkerung, in die Kalkulation einbeziehen muss (S. 119). Ich kann an dieser Stelle nicht auf alle wichtigen Argumentationsschritte eingehen, nur so viel: Meyer unterscheidet anhand seiner Interpretation der Meinungsumfragedaten, die in großer Zahl angeführt werden, zwischen einer anhaltend starken Unterstützung für den Präsidenten, sowie einer genauso dauerhaften Unzufriedenheit mit den demokratischen Institutionen sowie den Leistungen der Politik. Er sieht Resignation, eine skeptische Haltung gegenüber dem staatlichen Verwaltungsapparat. Generell konstatiert er eine starke und anhaltende Massenloyalität gegenüber der herrschenden Politik, die allerdings – wie er an Umfragedaten nachweisen kann – mit einem deutlichen Defizit an politischem Wissen und Orientierung verbunden ist (S. 122).

Das politische Regime in Russland charakterisiert er abweichend von vielen anderen AutorInnen als nachhaltig stabil, aber natürlich misst auch Meyer dessen „demokratische Qualität“ an der Einhaltung der Menschenrechte und der Standards demokratischer Regierung. Deren Negierung könne nicht durch den Verweis auf irgendeine spezifische russische Tradition entschuldigt werden (S. 126). Kritisch ist eigentlich nur anzumerken, dass diese exemplarische Analyse der russischen Politik innerhalb des Theoriekapitels schon vieles vom späteren Länderbeitrag vorwegnimmt, wodurch sich Dopplungen nicht vermeiden lassen.

Auf die weiteren Länderanalysen kann ich aus Platzgründen nicht näher eingehen. Sie sind alle vier informativ sowohl was die formelle Struktur und das Funktionieren der politischen Großinstitutionen anbetrifft, als auch durch ihre Analysen der informellen Politik, die in jedem Land durch historische Traditionen geprägt, sowie den Verlauf der Transformation beeinflusst sind. Der besondere Beitrag der vorgelegten Publikation besteht allerdings im zweiten Teil der Aufgabe. Ich persönlich fand besonders die Beiträge über Ungarn (Bózoki/Simon) und die Ukraine (Zimmer) bereichernd. Im letztbezeichneten Beitrag findet sich gleich zu Anfang ausgehend von der ukrainischen Erfahrung, eine eigene Interpretation des Informellen in der Politik und seiner Wechselwirkung. (S. 267f.) Außerordentlich lesenswert sind ebenso die systematischen Ausführungen zum Typ der neopatrimonialen Macht, die

nicht nur zum Verständnis der Politik in der Ukraine von Bedeutung sind (S. 275ff.).

Dieter Segert (Wien)

E-Mail: dieter.segert@univie.ac.at

Fritz Plasser (Hg.)

POLITIK IN DER MEDIENARENA. Praxis politischer Kommunikation in Österreich, Wien 2010, facultas.wuv, 377 S., 32,00 EUR.

Österreich ist unter den modernen Mediendemokratien ein Sonderfall: Kein anderer westlicher Staat (mit Ausnahme Liechtensteins) kennt eine derart hohe Medienkonzentration, sowohl im Print- als auch im elektronischen Bereich. In keinem anderen EU-Land wurde derart spät kommerzielle Konkurrenz zum öffentlich-rechtlichen Monopolisten zugelassen; kaum wo sonst sind die Marktanteile der öffentlich-rechtlichen Nachrichten- und Informationsprogramme (trotz starker Einbußen) noch ähnlich hoch; nirgendwo anders erreicht eine Boulevard-Tageszeitung einen auch nur annähernd so hohen Anteil der Bevölkerung; und wo sonst erscheinen nahezu alle relevanten Wochenmagazine in einem einzigen Verlag (der teilweise im Eigentum einer politiknahen Genossenschaft steht und über eine Vertriebsgesellschaft mit zwei der größten Tageszeitungen verbunden ist)?

Für die mediale Kommunikation von Politik schafft das ganz spezielle Umweltbedingungen: Fritz Plasser, langjähriger Professor an der Universität Innsbruck und hochproduktiver Autor, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Erforschung dieses Sonderfalls. Als Fortsetzung seines mittlerweile vergriffenen Standardwerks „Politische Kommunikation in Österreich“ (WUV 2004) hat er nun als Herausgeber und Hauptautor „Politik in der Medienarena“ vorgelegt. Der Sammelband will eine aktuelle Standortbeschreibung des politisch-medialen Komplexes in Österreich liefern. Er erfüllt diesen Anspruch weitgehend eindrucksvoll – und mit vielen Ergebnissen, die nachdenklich stimmen.

Im Einleitungskapitel zeichnen Plasser und Günther Lengauer anhand einer imposanten Fülle von Datenmaterial ein dichtes, aber sehr gut lesbares Porträt der österreichischen Medienlandschaft im Zeitverlauf. So ist etwa die Zahl der täglichen ZuseherInnen der Hauptnachrichtensendung ZiB 1 von knapp 2,6 Millionen noch im Jahr 1985 durch die rasant zunehmende Konkurrenz (durchschnittlich 135 TV-Sender in Haushalten mit digitalen Satelliten-Anschlüssen) auf aktuell unter eine Million gefallen. Trotzdem bezeichnen nach wie vor 51% der ÖsterreicherInnen das Fernsehen als ihre „wichtigste politische Informationsquelle“, weit vor Tageszeitungen, Radio und Internet. Das mit Abstand reichweitenstärkste Medium des Landes ist jedoch die Kronen Zeitung, die täglich 41% der Bevölkerung erreicht (im Vergleich zu 18% Reich-

weite der deutschen Bild) und damit fast so viele Leser hat wie die sechs nächstgrößeren Tageszeitungen zusammen.

Um zu regieren brauche er „nur Bild, BamS und Glotze“, soll der ehemalige deutsche Kanzler Gerhard Schröder einmal gesagt haben. In Österreich hat es die Politik noch einfacher: Hierzulande braucht es offenbar nur die Krone und die ZiB: „Der Newsroom im ORF-Zentrum am Küniglborg und die Chefredaktionsräume der Kronen Zeitung in der Muthgasse sind aus Sicht von Journalisten wie Politikern die informellen Machtzentren österreichischer Politik“ (S. 92), bilanzieren Plasser und Lengauer ihren zentralen Beitrag über „Kommunikationsorientierungen von Macht- und Medieneliten in Österreich“. Er beruht auf 300 Interviews mit einem eindrucksvollen Panel führender PolitikerInnen, innenpolitischer JournalistInnen, PressesprecherInnen und politischer ExpertInnen (im Rahmen einer internationalen Vergleichsstudie). Demnach glauben 86% der befragten PolitikerInnen und 87% der JournalistInnen, dass die Kronen Zeitung einen „starken Einfluss auf die Politik“ ausübt, 85 bzw. 83% glauben das vom ORF-Fernsehen, ein Drittel der PolitikerInnen nennt die Krone ihr persönliches „Leitmedium“. Alle anderen Medien rangieren weit abgeschlagen. Die Beziehungen zwischen politischen und medialen AkteurInnen sind in Österreich ungewöhnlich eng und gleichzeitig zunehmend konfliktkalt. Ein Drittel der PolitikerInnen verbringt mehr als zwei Stunden täglich (!) mit Medienkontakten, fast 80% haben mehrfach pro Monat auch private Unterhaltungen mit RedakteurInnen. Fast drei Viertel der PolitikerInnen meinen, der Einfluss der Medien auf politische Entscheidungen sei in den letzten Jahren gewachsen, während 50% der JournalistInnen klagen, die Politik versuche immer massiver, auf die Berichterstattung Einfluss zu nehmen. Resümierend sehen die Autoren das „problematische Bild eines publizistisch wie politisch übersteuerten Kommunikationssystems“ und „erhebliche Funktionsstörungen“ (S. 97).

Melischek, Rußmann und Seethaler untersuchen in einer Langzeit-Studie die Fähigkeit der österreichischen Parteien zum „agenda building“ durch eine vergleichende Inhaltsanalyse von über 4.000 Presseaussendungen und mehr als 10.000 Medienberichten seit 1970. Die Erstausswertung der Daten für diesen Beitrag bringt interessante Einzelergebnisse (etwa zur wachsenden Game-Zentrierung der Medienberichterstattung v.a. im Privat-TV und Gratis-Medien, die jedoch noch immer deutlich unter dem US-amerikanischen Niveau liegt; oder zur erstaunlichen Themenkongruenz in den analysierten Medien), aber trotz des enormen Aufwands keinen abschließenden Befund und bleibt damit letztlich unbefriedigend.

Lengauer und Vorhofer analysieren, wie sehr sich die Berichterstattung über den NR-Wahlkampf 2008 in Qualitätsmedien und Boulevardmedien unterschieden hat, indem sie mehr als 2.000 Beiträge aus Kronen Zeitung, Österreich und ATV-aktuell sowie Presse, Standard und

ZiB 1 vergleichen. Die Ergebnisse bestätigen die – erwartbare – stärkere Strategie- und Personenzentrierung der Boulevardmedien, belegen aber letztlich auch eine überraschende Konsistenz durch „format- und medien-übergreifende Muster in der Nachrichtenlogik“ (S. 177). Allerdings berichten die untersuchten Boulevardmedien tendenziell weniger negativ und pessimistisch über Politik als die Qualitätsmedien. Eine gesonderte Analyse der Kronen-Zeitungs-Berichterstattung belegt den – offensichtlichen – Bias zugunsten des SPÖ-Spitzenkandidaten auch empirisch.

In ihrem Ausmaß bemerkenswert sind die Konsequenzen dieser Berichterstattung für das Stimmverhalten der Krone-LeserInnen, das Plasser und Seeber untersuchen: Bei der NR-Wahl 2008 wählte die Krone-Leserschaft eklatant häufiger SPÖ und FPÖ und wesentlich weniger ÖVP und Grüne als die LeserInnen anderer Tageszeitungen. Besonders deutlich zeigt sich der Krone-Bias bei der Europawahl 2009: 95% der gesamten Medienberichterstattung über Hans-Peter Martin entfielen auf die Kronen Zeitung, unter ihren LeserInnen war seine Liste mit 29% die mit Abstand stärkste Partei (bei der Leserschaft anderer Tageszeitungen: 9%). Die Ablehnung der österreichischen EU-Mitgliedschaft ist unter Exklusiv-LeserInnen der Krone fünfmal so hoch wie im Publikum der anderen Tageszeitungen. Österreichs größter Zeitung werde Macht also nicht nur zugeschrieben, schreiben die Autoren. Sie verfüge, empirisch nachgewiesen und quantifiziert, über „reale Einflussmacht“, die ausreiche, den Ausgang von Wahlen „substanziell zu beeinflussen“ (S. 307f.).

Zu einem ähnlichen Befund gelangt Harald Schoen, der den Einfluss der Europapolitik auf den Ausgang der NR-Wahl 2008 untersucht. Noch stärker als die jeweilige Tageszeitungslektüre der WählerInnen habe jedoch ihre jeweilige Einstellung zur EU das Wahlverhalten determiniert. Der „schlafende elektorale Riese ‚europäische Integration‘“ sei 2008 auch in Österreich erwacht, bilanziert Schoen.

Zur „zentralen Wahlkampfarena“ wurden 2008 die insgesamt 20 TV-Konfrontationen zur NR-Wahl, die Plasser und Lengauer in ihrem dritten gemeinsamen Beitrag untersuchen und die sie in eine informative Bilanz aller bisherigen österreichischen TV-Duelle stellen. Anhand einer aufwendigen Inhaltsanalyse der letzten „Elefantenrunde“ vor der Wahl und der Nachberichterstattung in den Printmedien wird ein Performance-Raster zur Bewertung der TV-Auftritte entwickelt. Er zeigt, dass die Spitzenkandidaten von SPÖ und BZÖ die Debatte am besten für sich genutzt haben – sowie ein stellenweise starkes Abweichen der Beurteilung in den Printmedien vom empirisch messbaren Diskussionsgeschehen.

Der bezahlten politischen Werbung in Österreich widmet sich Andreas Lederer am Beispiel der Wahlkämpfe 2006, 2008 und 2009. Nach wie vor dominieren hierzu – ungewöhnlich im internationalen Vergleich – Plakat- und v.a. Inseratekampagnen. TV-Spots werden lang-

sam wichtiger, verschlingen aber noch immer weniger als 5% der Wahlkampfbudgets, die international im Mittelfeld liegen. Verblüffend: Die Negativität von TV-Spots in Österreich ist ausgeprägter als in den USA. Zwischen 75 und 90% der Werbevideos 2006 und 2008 waren negativ (USA 2004: 68%).

„Politik in der Medienarena“ ist ein beeindruckend faktenreiches und hochinformatives Buch über den aktuellen Zustand der „Boulevard-Demokratie“ Österreich. Es belegt (mitunter etwas zu ausführlich und teils redundant) viele Annahmen, Vermutungen und auch „Vorurteile“ durch umfassende empirische Analysen – und widerlegt auch manches. Bedauerlich ist lediglich die zu starke inhaltliche Fokussierung auf Wahlkampagnen. Vergleichbar detailreiche Beiträge über die politische Kommunikation „im Normalbetrieb“ wären spannend. Insofern würde diesem sehr lesenswerten Sammelband der Titel „Wahlkampf in der Medienarena“ gerechter.

Armin Wolf (Wien)
E-Mail: armin.wolf@orf.at

Daniel Barben

POLITISCHE ÖKONOMIE DER BIOTECHNOLOGIE.

Innovation und gesellschaftlicher Wandel im internationalen Vergleich, Frankfurt am Main/New York 2007, Campus Verlag, 331 S., 39,90 EUR.

Daniel Barben, Forschungsprofessor am Consortium for Science, Policy and Outcomes an der Arizona State University, untersucht in seiner Arbeit, einer Habilitationsschrift an der Freien Universität Berlin, drei Jahrzehnte neuerer Biotechnologieentwicklung im gesellschaftlichen Zusammenhang. Zu klären sucht er dabei die Rolle neoliberaler Orientierungen in dieser Entwicklung. Analytisch nimmt Barben drei Perspektiven ein: Zum einen analysiert er die Entwicklung vor dem Hintergrund des Neoliberalismus, verstanden als seit den 1970er-Jahren dominant gewordenen Komplex aus Deutungs-, Regelungs- und Handlungsmustern in Wirtschaft und Politik. Als weitere Varianten des Liberalismus diskutiert er ferner den in liberaler Demokratien vielfach Rechtsnorm gewordenen klassischen Liberalismus; den Ordoliberalismus; die diesen begleitende Gesinnung des Neokonservatismus; sowie die radikale Variante des Ultraliberalismus. Empirisch wählt Barben eine horizontale und eine vertikale vergleichende Perspektive politischer Ökonomie: Im horizontalen Vergleich liegt der Fokus auf Entwicklungen in den USA und Deutschland, jenen beiden hoch entwickelten, technologisch avancierten Staaten, die gemeinhin als Modelle des rheinischen und angloamerikanischen Kapitalismus gelten. Die vertikale Perspektive nimmt den Aufbau von die Biotechnologie betreffenden, internationalen Institutionen und Regelungen in den Blick. Intermediär zwischen

horizontaler und vertikaler Dimension steht die gemeinsam mit Deutschland dargestellte Europäische Gemeinschaft/Union EG/EU. Die Entwicklung der Biotechnologie selbst wird umfassend in fünf Bereiche gesellschaftlicher Interdependenz aufgegliedert, die Barben als „technologische Regime“ bezeichnet, das Innovations-, Patentierungs-, Risiko-, Bioethik- und akzeptanzpolitische Regime. Das Innovationsregime bezeichnet jenes soziale System, bestehend aus wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und staatlichen Akteuren, Institutionen und Regeln, in dem wissenschaftlich-technische, medizinische und wirtschaftliche Produkte und Innovationen projektiert und realisiert werden. Im Patentierungsregime werden die für die Entwicklung und prospektive kommerzielle Inwertsetzung der Biotechnologie so wichtigen Rechte geistigen Eigentums gesetzt. Im Risikoregime wird die für die Vermarktung biotechnischer Produkte entscheidende Frage der Definition, Abschätzung und Bewertung humanmedizinischer und ökologischer Risiken behandelt. Das Bioethikregime sucht mit der Generierung neuer technischer Optionen und Machbarkeiten einhergehende ethische Dilemmata und Ambivalenzen zu verarbeiten. Im akzeptanzpolitischen Regime geht es um die Hinnahme technischer Innovationen durch die Bevölkerung bzw. – politisch letztlich relevanter – das Risiko des Ausbleibens dieser Hinnahme in Form von Protestwiderstand (die Bedeutung dieses Regimes wird durch die Kontroversen um die Nutzung der zivilen Kernkraft in den 1970er- und 1980er-Jahren vor Augen geführt; tatsächlich erwies sich auch die moderne Biotechnologie in Lebensmitteln und Landwirtschaft als in höchstem Maß kontrovers: In Europa setzte der Versuch ihrer kommerziellen Einführung Mitte der 1990er-Jahre soziale Widerstände frei, die u.a. zu einem verschärfenden Umbau der EU-Biotechnologieregulierung und einem vor der Welthandelsorganisation WTO ausgetragenen Konflikt der EU mit Kanada, Argentinien und den Vereinigten Staaten führten). In der Behandlung jedes dieser Regimes untersucht Barben die Rolle akademischer, industrieller und staatlicher Akteure in der Generierung von Wissen, Techniken und Produkten, dies jeweils unter Einnahme der dargestellten theoretischen und empirischen Perspektiven.

Mit dem Ziel, „Theorien und Begriffe aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Forschungsbereichen in eine integrale soziologische Perspektive ein[z]u binden“ und dabei „die soziohistorische Konfiguration der Biotechnologie international vergleichend [zu] analysieren“ (S. 14), entwickelt Barben seinen konzeptuellen Kernbegriff, jenen des „technologischen Regimes“. Barben leitet diesen Begriff weder aus der heterogenen Regimeliteratur ab (aus welcher er allerdings theoretische Versatzstücke nutzt), noch entwickelt er ihn mit allein theoretischer oder allein empirischer Zielsetzung. Vielmehr entwickelt er an der Theorietechnik Niklas Luhmanns geschulte Sozialwissenschaftler den Regimebegriff im „Verfahren der Generalisierung und Spezifikation“ (S. 24 und Fußnote 4). Dabei

wird der Regimebegriff einerseits auf theoretisch bedeutungsvolle Begriffsbestimmungen gegründet, andererseits so weit offen gehalten, um auf vielfältige soziale Prozesse empirisch anwendbar zu bleiben. Regime sind durch das Vorhandensein von fünf Eigenschaften gekennzeichnet: Sie bilden „praxisvermittelte Strukturen“, d.h. konstituieren gleichermaßen die Bedingungen wie Resultate von Akteurshandeln; Regime bilden dauerhafte Strukturen; sie implizieren Herrschaft wie auch deren Anfechtung; ihre Besonderheit ergibt sich aus den institutionellen Bedingungen und den Normen und Regeln des jeweils beobachteten Bereiches; in forschungspragmatischer Hinsicht können Regime analytisch flexibel auf eine Vielzahl von Phänomenen bezogen werden (S. 24f.). Regime sind demnach zu definieren als „mehr oder minder dauerhafte technologiebezogene Regelungsstrukturen und -praktiken, deren Wirkungsmächtigkeit durch technologische und soziale Faktoren bestimmt wird und vom Stellenwert in der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion abhängt [...]“. Eine Technologie als Regime aufzufassen heißt, sie als Ergebnis und Ausgangspunkt dauerhafter sozialer Regelungsbeziehungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu verstehen, um deren Ausgestaltung kontrovers gerungen wird.“ (S. 25)

Im empirischen Teil werden 14 Hypothesen – zwei bis drei Hypothesen in jedem untersuchten Regime – über den Zusammenhang von Neoliberalismus und Biotechnologieentwicklung überprüft und weitgehend verifiziert. Das sich dadurch ergebende, empirisch gesättigte Bild ist zwar überaus komplex, lässt sich aber zusammenfassen in der Feststellung, dass die untersuchten Prozesse biotechnologischen und gesellschaftlichen Wandels „einer bestimmten Richtung folgen: die Wissenschafts- und Technikentwicklung auf kommerzielle Verwertbarkeit hin zu orientieren und entsprechende Voraussetzungen zu schaffen (oder bereits vorhandene zu stärken)“ (S. 263). Diese Tendenz erfährt zwar „durch den Neoliberalismus eine bestimmte Ausrichtung und Dynamik“, ohne ihm aber „umfassend und einheitlich unterworfen zu sein“ (S. 14).

Daniel Barben liefert zwar nicht die erste Überblicksarbeit zur historischen Entwicklung der modernen Biotechnologie. Auch ist nur ein Teil der Empirie originär (auf weite Strecken wird auf bestehende Forschungsliteratur zurückgegriffen), einige der Hypothesen finden sich bereits anderswo verifiziert, und manche wichtigen rezenten Ereignisse, etwa der transatlantische Streitfall um gentechnisch veränderte Produkte vor der WTO, werden nicht ausreichend berücksichtigt. Doch liegt die besondere Stärke der solide recherchierten Arbeit in ihrem systematischen und umfassenden Charakter. Der vom Autor entwickelte Regimebegriff erscheint forschungspraktisch tragfähig und ist theoretisch höchst reflektiert. Wer nach einer simplen Anbindung an bestehende Regimetheorien sucht, wird insofern nicht enttäuscht, als Barben einleitend klarmacht, dass er keine „starke Theorie“ anstrebt, son-

dern einen „leistungsfähigen theoretischen Leitfaden“ (S. 14). (Freilich erscheint die Begriffswahl somit nicht mehr zwangsläufig.) Die wichtigste Leistung der Arbeit besteht jedoch in der systematischen Klärung des sowohl wissenschaftlich als auch öffentlich kontrovers diskutierten Verhältnisses von Neoliberalismus und moderner Biotechnologie. Hätte zwar ein Stichwortregister den Zugang zur verarbeiteten Materialfülle erleichtert, sorgen eine klare Gliederung und Text hervorhebungen doch für gute Übersichtlichkeit.

Franz Seifert (Wien)
E-Mail: fseifert@gmx.at

Armando Barrientos and David Hulme (Hg.)

SOCIAL PROTECTION FOR THE POOR AND POOREST.

Concepts, Policies and Politics, Houndmills et al. 2008, Palgrave Macmillan, 344 S., 78,99 EUR.

Die Praxis der internationalen Entwicklung der 1980er und 1990er war geprägt vom sogenannten „Konsens von Washington“, der in wohlfahrtsstaatlichen Programmen Hindernisse für Wachstum und Entwicklung sah. Sozialpolitischer Rückbau war daher ein zentraler Bestandteil der „Strukturanpassung“, der sich viele Entwicklungsländer unter Anleitung von Weltbank und internationalem Währungsfond in Folge unterzogen. Das diskursive Klima der Entwicklungspolitik hat sich inzwischen geändert: „Social Protection“ ist in der Debatte zurück und nimmt heute einen prominenten Platz auf der Agenda vieler bi- und multilateraler Geber ein. Ein Mindestmaß an staatlich organisierter Absicherung gegenüber großen sozialen und wirtschaftlichen Risiken wird heute vor dem Hintergrund umfassender Globalisierungsprozesse und steigender wirtschaftlicher Unsicherheit von vielen Akteuren als notwendig erachtet. In internationalen wie nationalen Armutsbekämpfungsstrategien (MDGs, PRSPs) wird daher Hoffnung in den Aufbau sozialer Sicherungssystemen gesetzt – sind es doch gerade die sozial schwächsten Schichten, die derartigen Risiken am stärksten ausgesetzt sind und sich mangels Ressourcen am wenigsten vor ihren Folgen schützen können. Unter der Überschrift Social Protection wurde in den letzten Jahren mit externer Unterstützung eine Vielzahl nationaler Programme eingeführt: von Mindestpensionen und anderen sozialen Transferleistungen über öffentliche Beschäftigungsprogramme bis zu (Mikro-)Versicherungssystemen. Der besprochene Sammelband will eine Zwischenbilanz ziehen, die verschiedenen Konzepte und Zugänge vorstellen, sowie Einblick in die Praxis verschiedener nationaler Programme bieten.

Im traditionellen Verständnis (etwa der ILO) umfasst Social Protection die drei Komponenten Sozialversicherung, Sozialhilfe und Arbeitsmarktregulierung. In den meisten Industrieländern wurden die Sozialversicherungs-

systeme im Laufe der Zeit auf immer mehr Bevölkerungsgruppen ausgedehnt, während eine kompensatorisch ausgerichtete Sozialhilfe nur mehr dann zum Einsatz kommt, wenn alle anderen „Netze“ versagen. Viele Entwicklungsländer versuchten im Laufe des 20. Jahrhunderts diesem Pfad zu folgen – mit unterschiedlichem Erfolg. Vor dem Hintergrund von Globalisierung, Strukturanpassung und Wirtschaftskrisen hat sich die Herangehensweise in vielen Entwicklungsländern jedoch stark verändert. Während viele klassische Sozialversicherungssysteme, die häufig auf Ober- und Mittelschichten beschränkt blieben, privatisiert oder rückgebaut wurden, geht die sozialpolitische Dynamik nun von Sozialhilfeprogrammen unterschiedlichster Art aus. Die hier verwendete Definition von Social Protection als „public actions taken in response to levels of vulnerability, risk, and deprivation which are deemed socially unacceptable within a given polity or society“ (S. 3) kann sehr unterschiedliche Maßnahmen auch abseits klassischer Einkommenstransfers beinhalten und spiegelt damit die sozialpolitische Praxis vieler Entwicklungsländer wider.

Aktuelle Ansätze von Social Protection in Entwicklungsländern haben auch weniger die Sicherung des Lebensstandards der Bevölkerung als Ganzes oder umfassende gesellschaftliche Umverteilung zum Ziel, sondern primär die Absicherung der ärmsten Haushalte und damit die Bekämpfung von (absoluter) Armut. Dabei sollen nicht nur die Symptome sondern vor allem die Ursachen von Armut bekämpft werden, d.h. die starke Gefährdung armer Haushalte gegenüber wirtschaftlichen und sozialen Risiken und Naturkatastrophen reduziert werden. Die Herausgeber des Buches verweisen darauf, dass Social Protection in Entwicklungsländern notwendigerweise produktivistisch ausgerichtet ist. Mit regelmäßigen, verlässlichen Transferleistungen sollen nicht nur angemessene Konsumniveaus ärmerer Haushalte gegenüber Krisen und Schocks abgesichert werden, sondern vor allem die produktive Kapazität der Haushalte gestärkt und somit ein Beitrag zu nachhaltiger Armutsminderung und Wirtschaftswachstum geleistet werden. Möglichkeiten einer Ausweitung bestehender staatlicher Sozialversicherungssysteme und Arbeitnehmerrechte auf ärmere Schichten und informell Beschäftigte bzw. die Stärkung solidarischer und umverteilender Komponenten in den Sozialversicherungen werden derzeit dagegen kaum diskutiert – auch nicht in diesem Sammelband.

Die Beiträge des ersten Teils „Conceptual Frameworks for Social Protection: Risk, Needs and Rights“ beschäftigen sich mit unterschiedlichen Zugängen und Konzepten von Social Protection (v.a. von Weltbank, ILO und UNDP) und ihrer Verortung in unterschiedlichen theoretischen Vorstellungen von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Der zweite Teil „What Policies Work for the Poorest?“ umfasst eine Reihe von Länderstudien, in denen unterschiedliche Programme und Maßnahmen sozialer Sicherung beleuchtet werden.

Im dritten Teil „The Politics and Financing of Social Protection“ geht es schließlich um die zwei größten Herausforderungen für die Etablierung und Ausweitung von Social Protection Systemen in Entwicklungsländern: um ihre Finanzierung und den politischen Prozess rund um Entscheidungsfindung und Umsetzung. Hervorzuheben ist dabei Kapitel 16 von Armando Barrientos, der die Voraussetzungen und Möglichkeiten zur Finanzierung grundlegender Sicherungssysteme in armen Ländern analysiert und durchaus optimistische Schlüsse zieht. Daneben ist es vor allem Kapitel 13 von Sam Hickey, das für Politikwissenschaftler interessant ist. Er entwirft einen konzeptionellen Rahmen für die Analyse der Wechselwirkungen zwischen Politik und Social Protection und zieht zur Erklärung sozialpolitischer Entwicklungen in Afrika neben verschiedenen Akteuren vor allem die institutionellen Rahmenbedingungen, sozioökonomische Kräfte und globale Akteure und Diskurse heran. Mit dieser theoriegeleiteten Herangehensweise unterscheidet sich sein Beitrag vom deskriptiv-anwendungsorientierten Mainstream der Social-Protection-Forschung im Entwicklungskontext. Er verweist damit – wenngleich nicht explizit – auf gemeinsame Forschungsinteressen mit Ansätzen der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung zu europäischen Wohlfahrtsstaaten, deren Befunde zu den Erklärungsfaktoren wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung äußerst selten in Arbeiten zu Social Protection in Entwicklungsländern einfließen.

Die Beiträge des Buches reflektieren die multidisziplinäre Natur der Forschung zu Social Protection in Entwicklungsländern mit ihren unterschiedlichen konzeptionellen und regionalen Zugängen. Diese Forschung findet vor allem im Umkreis von Entwicklungsinstitutionen und Geberagenturen statt und ist stark lösungsorientiert und praktisch ausgerichtet. Mittelpunkt vieler Auseinandersetzungen sind daher technische und ökonomische Aspekte des Designs und der Umsetzung sozialpolitischer Instrumente. Die theoretische Grundlagenarbeit, vor allem von politikwissenschaftlicher Seite, hinkt dabei hinterher. Sie könnte jedoch – auch durch stärkere Anknüpfung an die akademische Forschung zu Wohlfahrtsstaaten der „OECD-Welt“ – zu einem Verständnis wichtiger Fragestellungen beitragen, z.B. bezüglich der sozialen, wirtschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen, welche die Etablierung grundlegender sozialer Sicherungssysteme begünstigen, oder nach der Rolle von Geberländern und internationalen NGOs in diesem Prozess.

Der vorliegende Sammelband zielt auf einen Brückenschlag zwischen Theorie und Praxis ab und versucht, grundlegende armutsbedingende Faktoren und Prozesse herauszuarbeiten und die in nationale Strukturen eingebetteten sozialpolitischen Praktiken verständlich zu machen. Dieser Brückenschlag gelingt jedoch nur ansatzweise. Den Beiträgen liegt kein gemeinsamer konzeptioneller Rahmen zugrunde und die Diversität und teilweise etwas beliebig erscheinende Auswahl mancher Beiträge macht

klare Schlussfolgerungen schwierig. Die Absicht der Herausgeber, die Notwendigkeit und Machbarkeit von Social Protection für „die Armen und Ärmsten“ deutlich zu machen, hätte durch eine stärkere theoretische Fundierung und gezieltere inhaltliche Ausrichtung profitieren können.

Anna Pultar (Wien)

E-Mail: anna.pultar@univie.ac.at

Ruth Becker

FRAUENWOHNPROJEKTE – KEINE UTOPIE! Ein Leitfaden zur Entwicklung autonomer Frauen(wohn)räume mit einer Dokumentation realisierter Projekte in Deutschland, Dortmund 2009, Studien Netzwerk Frauenforschung NRW Nr. 3, Fachgebiet Frauenforschung und Wohnungswesen in der Raumplanung. Fakultät Raumplanung, Technische Universität Dortmund, 582 S., 10,00 EUR.

Die Geschichte des Wohnens ist auch eine Geschichte alternativer Projekte, die bei aller Unterschiedlichkeit eines gemeinsam haben, nämlich dass sie versuchen, Antworten auf ungelöste gesellschaftliche Probleme zu finden und Raum zu schaffen für Lebenssituationen und -konzepte, die in der jeweils vorherrschenden gesellschaftlichen Organisation des Wohnens keinen Platz finden. Aus diesem Blickwinkel betrachtet die Autorin die in diesem Band beschriebenen Frauenwohnprojekte. Unter Frauenwohnprojekten werden solche Wohnprojekte verstanden, die sich auf der Grundlage eines gemeinsamen Konzepts in der einen oder anderen Weise explizit auf „Frauen“ beziehen, sei es, dass sie Wohnraum schaffen wollen, in dem Frauen neue Formen des Zusammenlebens erproben können, sei es, dass sie auf eine am Wohnungsmarkt besonders diskriminierte Gruppe von Frauen fokussieren (z.B. alleinerziehende Frauen) oder sei es, dass sie Alternativen zu dem die Bedürfnisse von Frauen wenig berücksichtigenden Wohnungsbau entwickeln. Es sind Antworten auf (unterschiedliche) ungelöste, mit dem bestehenden Wohnungsangebot verbundene gesellschaftliche Probleme.

Die Geschichte des Wohnens von Frauen ist so vielfältig wie die Geschichte der Frauen selbst. Und so bringt das Buch in seinem ersten Kapitel eine kurze Geschichte emanzipatorischen Wohnens von Frauen mit Schwerpunkt auf den Entwicklungen der letzten 30 Jahre – also auf den Projekten, die im Zuge der zweiten Frauenbewegung entstanden sind. Es ist aber auch eine Geschichte der Emanzipation von Frauen, die in verschiedenen Epochen unterschiedliche Alternativen zu den jeweils herrschenden Wohnformen entwickelten, die ihnen mehr Unabhängigkeit und Selbstbestimmung ermöglichten. Diese Alternativen reichen von den mittelalterlichen Beginenhöfen über die Wohnheime und Wohngenossenschaften der ersten

Frauenbewegung und die sukzessive Normalisierung des Alleinwohnens von Frauen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis zu den in den 1970er Jahren entstandenen gemeinschaftlichen Wohnprojekten von und für Frauen. Im Jahr 2006 wohnten 33% aller erwachsenen Frauen in einem eigenen Haushalt ohne männlichen Partner (verwitwete, getrennt lebende, geschiedene, alleinerziehende, junge nestflüchtende oder auch lesbische Frauen). Selbstverständlich gilt die Pluralisierung der Lebensformen nicht nur für Frauen und nicht für alle Frauen. Und es ist bekannt, dass das selbstständige Wohnen nicht ohne Risiko ist – manche Frauen zahlen einen hohen Preis.

Alle diese Alternativen sind Ausdruck der Kritik am gesellschaftlichen Geschlechterverhältnis, das die Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen beschneidet, sie in vorgegebene Rollen und Aufgaben zwingt und ihre Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben beschränkt. Art und Ausmaß der Beschränkungen haben sich gewandelt, geblieben ist der Widerstand gegen Beschränkungen eines hierarchischen Geschlechterverhältnisses. Die Entwicklung neuer Wohnformen steht immer im Kontext emanzipatorischer Bestrebungen von Frauen, deren Interesse an alternativen Wohnformen immer auch eine Kritik am vorherrschenden Geschlechterverhältnis war, auch an der vorherrschenden Heteronormativität.

Im zweiten Kapitel gibt es einen ausführlichen Leitfaden zur Entwicklung eines Frauenwohnprojekts, detaillierte Hinweise zu allen Phasen eines solchen Projekts von der Initiierung und Gruppenbildung über die Konzeptentwicklung, die Wahl der Rechts- und Finanzierungsform, die Sichtung von Fördermöglichkeiten bis zur baulichen Realisierung und zur Bewirtschaftung in der Nutzungsphase. Die Möglichkeiten für Frauenwohnprojekte sind so vielfältig wie die Interessen und Rahmenbedingungen der Frauen, die sich auf so ein Projekt einlassen, es gibt nicht nur eine Lösung. Grundlage des Leitfadens sind die in mehr als 30-jähriger Beschäftigung mit Fragen des Wohnens erworbenen Kenntnisse und die aus den 78 geschilderten Frauenwohnprojekten gewonnenen Erkenntnisse. Und ich meine, dieser Leitfaden ist wirklich einmalig in seinem Umfang, seiner Ausführlichkeit und seinem kenntnisreichen Inhalt.

In der darauf folgenden Projektdokumentation werden die seit den 1950er-Jahren im städtischen Raum in Deutschland entstandenen 78 Frauenwohnprojekte mit ihren zentralen Merkmalen, Zielsetzungen, Konzepten und Realisierungsformen dargestellt, unterteilt in fünf Projekttypen: 1. Autonome Frauenwohnprojekte, d.h. Projekte, die von Frauen initiiert und realisiert wurden, die sich explizit auf die autonome Frauenbewegung beziehen und/oder bei denen der „Autonomiegedanke“, also das Ziel, Wohnraum „in Frauenhand“ oder für das Leben in Frauenbezügen zu schaffen, im Vordergrund steht und die sich in ihrer Zielsetzung an Frauen und in unterschiedlichen Lebenssituationen beziehen. 2. Beginenprojekte, die als eine Unter- oder Nachfolgegruppe der autonomen Pro-

jekte verstanden werden können, die sich explizit auf die Tradition der im Mittelalter entstandenen Beginenhöfe beziehen. 3. Wohnprojekte für ältere/alte Frauen, d.h. Projekte, die sich explizit (nur) auf das Wohnen von Frauen im Alter beziehen, wobei einige der Projekte eine spezifische Form der autonomen Projekte darstellen, während bei anderen Projekten dieses Typs sich der ausschließliche Bezug auf Frauen „erst im Projektverlauf ergeben“ hat. 4. Wohnprojekte für alleinerziehende Frauen, die in erster Linie die Verbesserung der Wohnungsversorgung alleinerziehender Frauen zum Ziel haben und die zwar teilweise auch von Frauengruppen und -vereinen initiiert wurden, dann jedoch in einem institutionellen Rahmen realisiert wurden. 5. Projekte des frauengerechten Wohnungsbaus, deren primäres Ziel die Umsetzung der im Rahmen der feministischen Architektur- und Städtebaukritik entwickelten baulich-räumlichen Kriterien ist.

Ergänzend enthält der Anhang noch eine Reihe nützlicher Adressen. Mit der Autorin ist zu hoffen, dass sowohl der Leitfaden als auch die Projektdokumentation dazu beitragen, die Realisierung von Frauenwohnprojekten zu erleichtern.

Mit dieser Publikation wird ein Emanzipationsprozess von Frauen sichtbar gemacht, in dem tradierte Vorstellungen von Wohnen infrage gestellt und neue Bedürfnisse und Interessen artikuliert und materialisiert werden. So richtet sich die Veröffentlichung an ExpertInnen der Wohnungspolitik, Wohnungswirtschaft und Planung, aber nicht nur an sie sondern auch an interessierte, emanzipierte Frauen und an solche, die mit sich die Initiierung eines Frauenwohnprojektes herumtragen oder mitten in der Planung sind. Es ist ein detailreiches, kenntnisreiches, gut geschriebenes Buch – frau spürt, wie viel Wissen und Engagement für das Thema dahinter steckt.

Das Buch ist für 10 EUR zu beziehen über: FG Frauenforschung und Wohnungswesen, Fakultät Raumplanung, TU Dortmund, D-44139 Dortmund, E-Mail fwr@post.tu-dortmund.de, Fax: +49 (0)231-755-5432

Monika Jarosch (Innsbruck)
E-Mail: Monika.Jarosch@uibk.ac.at

Stefanie Mayer

„TOTES UNRECHT“? DIE „BENEŠ-DEKRETE“ – EINE GESCHICHTSPOLITISCHE DEBATTE IN ÖSTERREICH.
Frankfurt am Main et al. 2009, Peter Lang Verlag, 159 S., 29,90 EUR.

Die Wiener Politikwissenschaftlerin Stefanie Mayer hat in ihrer Arbeit zur geschichtspolitischen Debatte über die sogenannten „Beneš-Dekrete“ auch ein Stück Zeitgeschichte aufgearbeitet, nämlich die einschlägigen Debatten unter der FPÖ-ÖVP-Koalitionsregierung unter Wolf-

gang Schüssel. Die Diskussion, wie sie nach 2000 über die Beneš-Dekrete geführt wurde, ist in dieser Form jedenfalls nur im Kontext der Regierungsbeteiligung des Dritten Lagers denkbar, das in seiner Agitation gegen die Beneš-Dekrete noch einmal den klassischen Deutschnationalismus mobilisieren konnte.

Stefanie Mayer konzentriert sich in ihrer Arbeit allerdings nicht auf diesen im engeren Sinn deutschnationalen Kern der Debatte, sondern auf deren Abbildung in der an sich keineswegs deutschnationalen liberalen Tageszeitung *Der Standard*. Sie widmet sich dabei nicht der Vergangenheit selbst, sondern ihrer „(Re)Konstruktion in der Gegenwart am Beispiel der Berichterstattung des *STANDARDS*, der in Österreich als liberale Qualitätszeitung gilt“ (S. 15). Von der Regierungsbildung im Jahr 2000 bis zum Ende des Kabinetts Schüssel I im Jahr 2002 wurden Artikel zum Thema einbezogen. Allerdings wird auch der Kontext dieser Debatte deutlich, der einerseits im geplanten EU-Beitritt Tschechiens, andererseits aber auch in der Förderung deutschnationaler Institutionen durch die schwarzblaue Regierung zu suchen ist: „Zunächst ist hier die Eröffnung des Hauses der Heimat im Dritten Wiener Gemeindebezirk im Jahr 1996 zu nennen. Dieses ‚Kulturzentrum‘ wurde zum Teil aus Eigenmitteln, zum Teil mit öffentlicher Unterstützung vom Bund und den Ländern Wien und Oberösterreich errichtet.“ (S. 32) Diese Förderung so genannter „Landsmannschaften“, der von Andreas Mölzer herausgegebenen Wochenzeitung *Zur Zeit* und anderer deutschnationaler Strukturen, stärkte auch die öffentliche Wahrnehmung der Positionen dieser Organisationen gegenüber Tschechien.

Stefanie Mayer sieht die ideologischen Ursprünge dieser Debatte jedoch nicht ausschließlich im deutschnationalen Bereich, sondern auch im Umgang beider damaliger Regierungsparteien mit der jüngeren Geschichte Österreichs. Schließlich stellte nicht nur das Verhältnis des Dritten Lagers mit dem Nationalsozialismus, sondern auch der ÖVP mit dem Austrofaschismus ein wichtiges geschichtspolitisches Thema dar. Beide Rekonstruktionen der Geschichte haben, so die Autorin, „bei aller grundlegenden Widersprüchlichkeit, die nicht negiert werden soll – eines gemeinsam: Beides sind politisch explizit rechte Bezugspunkte, die eine kritische Aufarbeitung der Geschichte, wie sie sich seit den 80er Jahren entwickelte, in der Öffentlichkeit unter dauernden Rechtfertigungs- und Reaktionsdruck stellen“ (S. 151). Die Debatte um die Beneš-Dekrete stelle eine Allianz beider widersprüchlicher Geschichtsbilder dar, die sich über den Topos der „eigenen (deutschen) Opfer“ verbinden ließen.

Für das untersuchte Medium, der an sich liberalen Tageszeitung *Der Standard*, kommt Stefanie Mayer schließlich zum Schluss, dass die Debatte „zu Beginn der öffentlichen Diskussion den geschichtspolitischen Vorgaben der Regierungsparteien und Vertriebenenverbände“ folgte, später diesen Diskurs jedoch auch problematisierte. „Insbesondere die Europäische Union fungierte im analysier-

ten Fall als entscheidendes Korrektiv.“ (S. 151) Die Positionierung der EU in der Debatte wird hier Bezug nehmend auf Samuel Salzborn als „Absage an geschichtsrevisionistische Tendenzen“ (S. 150) gelesen. Einmal mehr wird damit der zivilisatorische Einfluss der EU auf den innerösterreichischen Geschichtsdiskurs sichtbar. Dass selbst eine liberale Tageszeitung anfänglich die rechten geschichtspolitischen Positionen übernahm, wertet Mayer zu Recht „als warnendes Beispiel für den prekären Status differenzierter Sichtweisen auf die Geschichte“ (S. 152).

Der Autorin ist mit diesem Buch die politikwissenschaftliche Aufarbeitung einer der wichtigsten Debatten unter der „Wenderegierung“ Schüssel I gelungen. Auch wenn sie damit einen letztlich gescheiterten Versuch einer geschichtspolitischen Allianz der beiden postfaschistischen Geschichtsbilder Österreich schildert, so weist sie damit jedoch auf eine Problematik hin, die seither durchaus nicht völlig verschwunden ist und bei einer Neuauflage einer Rechtsregierung auf anderen Ebenen wiederholt werden könnte. Insofern ist ihr Buch nicht nur historisch, sondern v.a. auch politikwissenschaftlich ebenso interessant wie aktuell geblieben.

Thomas Schmidinger (Wien)

E-Mail: thomas.schmidinger@univie.ac.at

Richard Münch

LOBALE ELITEN. LOKALE AUTORITÄTEN. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA, McKinsey & Co, Frankfurt am Main 2009, Suhrkamp Verlag, 267 S., 13,00 EUR.

Zuletzt hat der Bamberger Soziologe R. Münch mit seinem Buch „Die akademische Elite“ (Münch 2007) eine nicht nur wissenschaftsinterne Debatte darüber ausgelöst, ob die Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen Tendenzen zu Kartell- und Monopolstrukturen fördert. In „Globale Eliten. Lokale Autoritäten“ wird das Thema des ökonomischen Wettbewerbs in der Hochschulpolitik ein weiteres Mal aufgegriffen; die Rahmung ist jedoch diesmal anders gewählt und auch das Schulsystem wird in die Analyse mit einbezogen.

Im ersten Teil des Buches geht es anhand des „Programme for International Student Assessment“ (kurz: PISA) und dem Bologna-Prozess um „Bildung unter dem Regime der Humankapital-Produktion“, im zweiten anhand der Exzellenzinitiative um „Wissenschaft unter dem Regime des akademischen Kapitalismus“ (S. 7). PISA und McKinsey stehen im Untertitel nicht nur stellvertretend für die Verbreitung neuer Leitbilder sondern auch für die Schwächung der Rolle des Staates in der gesamten Bildungspolitik. „Die Bildung wird den nationalen Eliten (also den Lehrerverbänden, den Bildungspolitikern der Parteien und den Ministerialbeamten) von einer transnationalen Koa-

lition aus Forschern, Managern und Unternehmensberatern aus der Hand gerissen.“ (S. 30) Somit sei es auch zu einer Verschiebung der Definitionsmacht hin zu einer transnationalen Wissenselite gekommen, die eine universalistische Humankapital-Ideologie verfolge.

Das wird zuerst anhand von PISA aufgezeigt: PISA wurde von der OECD eingeführt und dient im Wesentlichen durch die Erstellung von „rankings“ nationaler Schulsysteme einem globalen Bildungsmonitoring. Schulische Leistungen können gemessen werden, da Bildungsstandards explizit und für alle verbindlich gemacht werden. In den Anforderungsprofilen von PISA erkennt Münch eine eindeutige Ausrichtung an den Idealen einer Allgemeinbildung nach angelsächsischem Vorbild. Ein fachlich differenzierter Bildungsauftrag (Ausdifferenzierung in Physik, Chemie und Biologie), wie er sich in deutschen Gymnasien etabliert hat, würde in den PISA-Fragebogenkatalogen wenig Niederschlag finden. Dass der Messung von Grundkompetenzen eine derart große Bedeutung zukommt, erklärt sich nach Münch durch Neubestimmung von Bildung als ökonomische Ressource („Humankapital“), in das investiert wird, um in einem globalen Wirtschaftswettbewerb eine maximale Rendite zu erwirtschaften. Münch konkretisiert an mehreren Beispielen das Zusammentreffen von „nationalen Entwicklungspfaden“ mit dem global dominierenden Paradigma des Humankapitals: Deutsche SchülerInnen haben im Jahr 2000 bei jenen Mathematikaufgaben überdurchschnittlich abgeschlossen, die dem spezialisierten mathematischen Teilgebiet „Euklidische Geometrie“ zuzurechnen sind (vgl. S. 39). PISA legt jedoch den Schwerpunkt auf verallgemeinerte Kompetenzen („realistic mathematics education“). In ähnlicher Weise sei der PISA-Test auch mit den Lehrplänen des Deutschunterrichts unvereinbar. Während diskontinuierliche Texte, Tabellen und Sachtexte eine prominente Rolle in den Testbatterien spielten, so würde der deutsche Sprachunterricht besonderes Augenmerk auf literarische Kenntnisse setzen (vgl. S. 40). Wenn deutsche Schüler nun im internationalen Vergleich schlecht abschließen, so sei das vor allem darauf zurückzuführen, dass sich die deutsche Kultur des Fachwissens der anglo-amerikanischen Fokussierung auf allgemeine Kompetenzen unterwerfen müsse. Eine solide Legitimationsgrundlage für die eingeforderte Abschaffung nationaler Idiosynkrasien gebe es aber nicht. „Die besonders hohe Arbeitslosenrate der jungen Erwachsenen in Finnland (im Jahr 2001 lag sie bei 19,9 Prozent) nährt die Vermutung, dass das gute Abschneiden beim PISA-Test zum Selbstzweck wird.“ (S. 48)

Während das Abschneiden bei PISA aufgrund fehlender Validität keine eindeutige Aussage über die Leistungsfähigkeit eines nationalen Schulsystems zuließe, so würde jedoch das Eindringen globaler Vorbilder in historisch gewachsene Kontexte „dysfunktionale Hybride“ hervorbringen. Diese kämen zustande, da Elemente des neuen Paradigmas angelagert werden, ohne dass dies die alten beseitigen würde. „Das deutsche Schulsystem musste

gleichsam an PISA scheitern, weil zu lange am dreigliedrigen Modell festgehalten wurde und die Umstellung vom Ideal der klassischen Bildung auf den massenhaften Erwerb von Kompetenzen und Humankapital im Rahmen des hybridalen Modells nicht konsequent vollzogen wurde.“ (S. 61) Unterdurchschnittliche PISA-Testergebnisse würden vor allem von der neuen Unterschicht der „Schulversager“ in den Hauptschulen verursacht werden. Das dreigliedrige Schulsystem erscheint nach Münch nicht mehr legitim, da es ganz offensichtlich zu einem Zeitpunkt über die Zukunftschancen junger Menschen entscheide, zu dem in fast allen anderen OECD-Ländern allen prinzipiell dieselben Möglichkeiten offen gehalten würden (S. 68). An dieser und anderen Stellen wird erkenntlich, dass Münch durchaus auch den Reformplänen der Modernisierer zustimmen kann.

Der erste Teil hat vor allem eine große Schwachstelle. Der archimedische Punkt der Argumentation, dass es nämlich durch die Einführung von PISA zu einem isomorphen Anpassungsdruck gekommen ist, wird von Münch empirisch nicht ausreichend belegt. Die (nicht erwähnte) probeweise Einführung von Gesamtschulen in Österreich spricht für einen derartigen internationalen Druck. Der zentrale Beweis jedoch, dass Lehrpläne umgestellt würden, bleibt aus. Münch konzediert selbst: „Die Frage ist jetzt, ob der im Fahrwasser von PISA und Bologna steigende isomorphe Druck zu einem weitergehenden Institutionenwandel führt. Dafür gibt es auf der Ebene der Universitäten mehr Anzeichen als auf jener des Schulsystems.“ (S. 72) Damit büßt jedoch die Hauptthese des ersten Teils über das Aufkommen von dysfunktionalen, hybriden Schulsystemen erheblich an Bedeutung ein.

Der zweite Teil schließt direkt an „Die akademische Elite“ an. Neu ist, dass Bologna als „treibende Kraft der Transformation von Bildung“ (S. 31) eingeführt wird. Ähnlich wie im Fall von PISA würden im Bologna-Prozess transnationale Akteure (Denk-)Modelle vorgeben. Vor allem die EU-Kommission forcieren eine „Standardisierung und Modularisierung der Hochschulbildung und die Ausrichtung auf die Vermittlung marktfähiger Qualifikationen“, und das korrespondiere mit der „Fokussierung auf instrumentelle Kompetenzen im Rahmen von PISA“ (S. 58). Die in der Bologna-Erklärung vorgesehene Einführung eines zweistufigen Studiums mit jeweils eigenen Abschlüssen wird jedoch nicht kritisiert. So erachtet Münch es u.a. als sinnvoll, wenn das eigentliche Physikstudium nicht unmittelbar nach dem Abitur, sondern erst nach einem breit angelegten Bachelor of Science beginnen würde (S. 46). Auch die Modularisierung von Lerninhalten wird nur ein passant erwähnt und mit dem Stichwort „McDonaldisierung“ umschrieben (S. 88). Im Kern richtet sich Münchs Kritik vielmehr gegen die Umwandlung von Universitäten zu Unternehmen, die Kontrolle von Wissenschaftler anhand von Kennziffern und die durch Gründungen von Exzellenzuniversitäten entstehenden zirkulären Akkumulationsprozesse von monetären (und symbolischen) Kapi-

tal. Das scheinen nach Münch die Ingredienzen des „akademischen Kapitalismus“ zu sein, „in dem die Verwertung des Wissens zur Kapitalakkumulation gegenüber dem offenen Prozess der Erkenntnisuche die Oberhand gewinnt und auf die Schließung der Wissensrevolution hinwirkt“ (S. 104). Aber gerade diese Entwicklungen wurden deutschen Universitäten von Bologna oder globalen Wissens- und Wirtschaftseliten allein nicht aufoktroiert. Th. Loer und S. Liebermann (2009, S. 76) behaupten daher, dass Münch „wohlfeile Feindbilder“ verwende, statt aufzuklären: „Haben die Universitäten sich nicht etwa gerne der Beratungsunternehmen bedient? [...] Ist die Universität nicht ein selbstverwaltetes Kollegialorgan? Die Behauptung, McKinsey habe diese Entwicklung zu verantworten, suggeriert, in den Universitäten würde anders gedacht und sie seien ein Quell vernünftiger Alternativvorschläge – es ist aber gerade deren Ausbleiben, das zu entscheidenden Versäumnissen gehört.“ Münch thematisiert tatsächlich ausschließlich und damit auch einseitig globale Paradigmen und Akteure, „denen es, gemessen an demokratischen Maßstäben, an Legitimität mangelt“ (S. 199). Die Rolle der legitimierten lokalen Akteure – etwa der Kollegschaft der ProfessorInnen – wird auf die eines passiven Empfängers reduziert und damit das Wechselspiel zwischen globalen Eliten und lokalen Autoritäten gänzlich ausgeblendet. Das scheint eine weitere Schwachstelle der Münch'schen Argumentation zu sein.

Der zweite Teil wird besonders durch das Thema der wissenschaftlichen Exzellenz als soziale Konstruktion dominiert, die sich weitgehend von der realen wissenschaftlichen Produktivität abgekoppelt habe (vgl. vor allem Kapitel 6: S. 148–164; Kapitel 8: S. 179–196; Münch 2007). Die zentrale These lautet (ein weiteres Mal): Fördermittel werden nicht nach wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit einzelner WissenschaftlerInnen, sondern nach sekundären Merkmalen wie etwa der Reputation, dem Grad der Vernetzung oder der naturwissenschaftlich-technischen Ausrichtung von Universitäten vergeben. Das führe zu Kapitalkreisläufen, da einmal eingeworbene Drittmittel als wichtiger Performanzindikator Verwendung fänden. Somit würde ein Matthäus-Effekt („Denn wer da hat, dem wird gegeben werden“) einsetzen, unabhängig davon, ob die anfängliche Förderung gerechtfertigt sei oder nicht.

Neu ist die kritische Diskussion der deutschen Universität als „sozial und kognitiv geschlossene Anstalt“ (S. 95) und von „disziplinärer Stabilität auf Kosten von Differenzierung“ (S. 99). In den deutschen Universitäten hätte sich ein staatlich alimentiertes Bildungsbürgertum reproduziert, wohingegen es in England einen regen sozialen Austausch zwischen dem gewerblichen Bürgertum und dem Bildungsbürgertum gegeben hätte. Das deutsche Lehrstuhlprinzip würde dazu führen, dass neu aufkommende Forschungsgebiete ausschließlich von mit wenig korporativen Rechten ausgestatteten Außerordinarier und Privatdozenten betrieben würden und sich so neue Disziplinen (Neuroeconomics, Psycholinguistik, Historical Socio-

logy u.a.) im Gegensatz zu den USA nicht etablieren könnten. Es wird hier ersichtlich, dass für Münch die Öffnung von Universitäten durchaus auch der Wissensrevolution förderlich sein kann.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Münch eine weitere hellsichtige und differenzierte akademische Abhandlung des Bildungssystems gelungen ist, die zum Teil auch als Streitschrift und Polemik gelesen werden kann. Zwar ist zu hoffen, dass „Globale Eliten. Lokale Autoritäten“ breite Resonanz finden wird, dennoch bleibt festzuhalten, dass dem Buch aufgrund der Vielzahl von besprochenen Themen und Exkursen eine durchgängige argumentative Architektonik fehlt. Vieles, darunter die Tatsache, dass kein einziges Mal auf den 45 Seiten starken Anhang (statistische Analysen) verwiesen wird, spricht für einen über-eilten Druck.

LITERATURVERWEISE

Loer, Thomas/Sascha Liebermann (2009). Technokratisierung durch Selbstentmachtung: Anmerkungen zum Versagen der wissenschaftlichen Profession und eine alternative Antwort auf die Probleme der Hochschule heute, in: Paul Kellermann et al. (Hg.): Zur Kritik europäischer Hochschulpolitik. Forschung und Lehre unter Kuratel betriebswirtschaftlicher Denkmuster, Wiesbaden, 65–93.

Münch, Richard (2007). Die akademische Elite: zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz, Frankfurt am Main.

Philipp Korom (Florenz)
E-Mail: Philipp.Korom@EUI.eu

Dominique Moïsi

KAMPF DER EMOTIONEN. Wie Kulturen der Angst, Demütigung und Hoffnung die Weltpolitik bestimmen, München 2009, DVA, 240 S., 19,95 EUR.

Der *cultural turn* innerhalb der Sozialwissenschaften führte zu einer Prononcierung der bislang als zu weich geltenden, vor allem durch Einfühlung und hermeneutische Verfahren erschließbaren Faktoren politisch-sozialer Prozesse. Das Verständnis des Politischen als großer wertegebundener *emotion machine* wurde durch die Vertreter des Konzeptes der symbolischen Politik, der Mentalitätsforschung und eines nicht allein behavioristisch geprägten politischen Kulturkonzeptes forciert. Samuel Huntington begriff die Entwicklung nach dem Ende des Kalten Krieges ganz im Fahrwasser von Oswald Spengler als Aufkeimen, Kampf und Vergehen von Kulturen.

Dominique Moïsi entwickelt in Anlehnung an diese Konzeptualisierungen in seinem aufregenden Buch „Kampf der Emotionen“ ein neues interpretatorisches Paradigma

des gemeinhin als Globalisierung apostrophierten politisch-sozialen Prozesses nach dem Ende des ideologischen Blockdenkens.

Ausgehend von der Definition der Globalisierung als „Integration von Märkten, Nationalstaaten und Technologien in einem nie dagewesenen Ausmaß“ (S. 25) begreift Moïsi die heutige Entwicklung von der Warte der Betroffenen und damit vor allem „als Identitätssuche von Menschen, die nicht wissen, wer sie sind, wo ihr Platz in der Welt ist und wie es um ihre Zukunftschancen bestellt ist [...]“ (S. 19). Die „Ideologie als Motor der Geschichte“ wurde durch die emotionalen Bruchlinien abgelöst (ebd.). Das Projekt und Anliegen des Buches kulminiert im Versuch einer globalen Karte der Emotionen: „Bei dieser Art geographischer Vermessung geht es darum, sehr unterschiedliche Elemente zusammenzuführen, etwa öffentliche Meinungsumfragen [...], Verlautbarungen führender Politiker oder kulturelle Produktionen [...]“ (S. 34)

Auf diese Weise soll es gelingen, die „weichen“ konfliktmotivierenden und -aufrechterhaltenden Faktoren zu identifizieren. Hinter den großen globalen Brüchen stehen zumeist benennbare politisch-soziale und ökonomische Interessen und Kraftfelder. Allerdings: Gerade die Kartierung der Emotionen birgt den Vorteil, das Offensichtliche der öffentlichen Bühne zu verlassen und die eigentlichen hinter den vermeintlichen Interessen aufzudecken. Moïsi begibt sich in das Fahrwasser der Weber'schen „Wirklichkeitswissenschaft“, deren Anliegen in der Verknüpfung sozialtechnischer mit wertegebundener Fragen liegt. Damit kann abseits quantifizierender Paradigmen in den Blick geraten, wie es Gesellschaften vermögen, Krisen zu überwinden oder wie beispielsweise Ereignisse von öffentlichem Rang einer Nation Selbstvertrauen und Zuversicht schenken.

Allein: Die Gefahr einer solch notwendigen Unternehmung besteht in der Hypostasierung des Emotionsbegriffes. Welches Verhältnis geht das jeweils einem Territorium zugeschriebene emotionale Muster, das sich nach Moïsi dynamisch und zyklisch entfaltet, mit geografischen, ethnischen, sozialen, politischen und ökonomischen Faktoren ein? Moïsi verwahrt sich gegenüber einem territorialen Determinismus. Er verortet die „Analyse von Emotionen in der geopolitischen Arena“ (S. 53) und schreibt diesen folglich eine aktive Rolle innerhalb des Globalisierungsprozesses zu: Distinktions- und Identitätsgewinn sowie verschiedene Bruchlinien unterschiedlicher Provenienz werden in dieser Sichtweise wesentlich durch emotionale Muster bestimmt. Die Globalisierung wird dergestalt zu einer riesigen *emotion machine* stilisiert. Die Gefahr eines solchen Vorgehens liegt auf der Hand: Machtkonstellationen und Interessengruppen können unter dem erklärenden Teppich von Mentalitäten und Befindlichkeiten verschwinden. Man könnte den Fallstricken symbolischer Politik erliegen und vergessen, dass hinter jeder Emotion kognitive und evaluative, also auch steuerbare Prozesse stecken, die diese allererst ermöglichen.

Die von Moisi konstatierten „emotionalen Landschaften“ geprägt von Hoffnung, Demütigung und Angst lassen sich im asiatischen, arabischen und „westlichen“ Territorium verorten. Russland beispielsweise verkörpert nach Moisi einen Grenzfall, der alle emotionalen Typen vereinigt. (S. 179). Einmal finden wir die Demütigung. Diese war das Ergebnis des plötzlichen Wandels, der die vormalis als feindlich gezielte Troika Kapitalismus, Liberalismus und Demokratie zum aner kennenswerten Paradigma werden ließ und damit zusammenhängend einen Verlust an „internationalem Ansehen“ (S. 182) und einen Niedergang von „Staat, Imperium und Armee“ durchsetzte (ebd.). „Dieses Gefühl der Demütigung ging in Russland mit Angst einher, einer Angst, die durch die fremdenfeindliche Tradition des Landes verstärkt wird, welche ihrerseits für politische Zwecke geschürt und instrumentalisiert wird.“ Und schließlich die Hoffnung, die sich, so Moisi, aus einem Nationalstolz gepaart mit Materialismus speist: „Wenn die

meisten Russen erklären, es gehe ihnen heute besser als vor fünf oder zehn Jahren, dann hängt das damit zusammen, dass Russland einen besseren Eindruck macht, dass der Lebensstandard stetig steigt und dass die Wirtschaft um etwa sieben Prozent jährlich gewachsen ist.“ (S. 183)

Diese Emotionen erweisen sich auch als geschürte und politisch instrumentalisierte, deren Resultate die Abwendung vom Westen und die Annäherung an einen „orientalischen Despotismus“ sein könnten. Basierend auf dem Reichtum an Rohstoffen erweist sich die sonderbare Synthese dieser Emotionen als geerdete. Die Erstellung einer Kartografie der Emotionen muss demgemäß auf der Analyse sozioökonomischer und politischer Formationen ruhen. Zugleich muss die Analyse folgende Frage beantworten: „Who gets what, when and how?“ (Lasswell).

*Marcus Lange/Michail Logvinov (Chemnitz)
E-Mail: mikhail.logvinov@s2004.tu-chemnitz.de*